



# INFORMATIONEN

aus der Forschung des BBSR

## Stadtplanung für den demografischen Wandel

### Wie können Stadtquartiere für Jung und Alt aussehen?

In öffentlichen Debatten werden Fragen zur Demografie oft nur oberflächlich und pauschal diskutiert („weniger, älter, bunter“). Die Probleme der Demografie sind schwer greifbar, denn die Betrachtungszeiträume sind deutlich länger als Legislaturperioden, die Einflussmöglichkeiten eher indirekt und die Effekte zumindest auf kurze oder mittlere Sicht kaum spürbar. Das ExWoSt-Forschungsfeld „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“ hat mit seinen 27 Modellvorhaben dazu beigetragen, Demografie als stets aktuelles Thema zu begreifen und zu zeigen, wie sie zu einem zukunftsweisenden Handlungsfeld der Stadtentwicklung werden kann. Die unterschiedlichen generationsübergreifenden Strategien zeigen anschaulich, wie Strukturen und Angebote im Quartier so verändert werden können, dass sie für Alt und Jung attraktiv sind. Zugleich werden viele andere Bereiche der Stadtentwicklung berührt:

- die Rolle der Zivilgesellschaft, die demokratische Steuerung von Städten und Gemeinden,
- die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund,
- die Chancen für die Gestaltung von Prozessen im Stadtbau,



Ackermannbogen München, Foto: Anja Schlamann

- die Bedeutung von lokalem Sozialkapital im demografischen Umbruch
- oder die wohnungswirtschaftlichen Möglichkeiten im Umgang mit Schrumpfung und Leerstand.

### Auf die Kommunikation kommt es an

Das Stadtquartier hat sich als optimale Bezugsgröße für individuell gestaltete und gemeinschaftlich entwickelte Planungsvorhaben herausgestellt. Das Ziel eines toleranten Zusammenlebens von Jung und Alt im Quartier erfordert eine intensive Beschäftigung mit den unterschiedlichen Anforderungen, die die Menschen an das Leben in kleinen und großen Städten stellen. Denn wer fragt, wie sich demografischer Wandel, neue Arbeitswelten und die Vielfalt heutiger Lebensentwürfe auf Wohnen, öffentliche Räume und soziale Infrastruktur auswirken, der findet Antworten nur im Gespräch mit einem vielfältigen Akteursfeld. Hier liegt der zentrale Unterschied zu manch anderem Forschungsprojekt: Statt nur für eine Nutzergruppe idealtypische Bedingungen zu entwickeln, ging es in diesen Modellvorhaben darum, gesellschaftliche Gruppen mit ihren kleinen und großen Unterschieden gleichermaßen zu berücksichtigen – verschiedene Generationen, Familien, Alleinstehende, Lebensgemeinschaften mit und ohne Kinder, mit oder ohne Migrationshintergrund und viele mehr. Das bedeutet beinahe automatisch, dass die kommunikativen Fähigkeiten der zentralen Akteure immer wieder neu auf die Probe gestellt werden. Generationsübergreifende Quartiersentwicklung braucht großes Fingerspitzengefühl für die Wünsche und Möglichkeiten der Menschen. Im wahrsten Sinne des Wortes ging es um Sprache und Sprechen: Wenn etwas nachbarschaftliche Beziehungen im Quartier stärkt, so ist es die Arbeit an einer Kultur der Kommunikation.



ExWoSt

### Inhalt:

- Integrierte Stadtentwicklung – Politische Forderung und Praxis
- [www.quartiersplattform.de](http://www.quartiersplattform.de) – Internet total lokal, statt global
- Flächenverbrauch quo vadis?
- Informationen über Gefahrstoff Asbest
- Immobilien- und wohnungswirtschaftliche Strategien und Potenziale zum Klimawandel: Fünf Pilotprojekte ausgewählt
- Positionen zum Wiederaufbau verlorener Bauten und Räume
- Marktentwicklung bei der Ausstellung von Energieausweisen im Wohngebäudebestand
- 4. Europa-Gespräch: „Sport und Integration“
- [Neues aus der Forschung](#)



Die aktuelle Publikation kann kostenfrei bezogen werden bei:  
 stadtquartiere  
 @bbr.bund.de

**Weitere Informationen:**  
 www.stadtquartiere.de

**Auftragnehmer:**

Arge empirica/  
 bgmr Becker Gieseke  
 Mohren Richard/plan zwei

**Kontakt:**

Stephan Willinger  
 Referat I 7  
 Baukultur, Architektur,  
 Städtebau  
 Tel.: 0228 99 – 401 12 75  
 E-Mail:  
 stephan.willinger  
 @bbr.bund.de

**Mut zur Planung mit offenem Ausgang**

Für die Gestaltung der Räume im Quartier rückte die Frage immer mehr in den Vordergrund, wie das richtige Verhältnis von Nähe und Distanz innerhalb der Nachbarschaften im Stadtquartier zu organisieren ist. Die Idee des urbanen Dorfes umfasst Vorstellungen von Solidarität, Gemeinschaft und Überschaubarkeit, zugleich aber auch ambivalente Aspekte wie Kontrolle und soziale Enge. Dabei waren eine Reihe pauschaler Zuweisungen diese gegen einfache Wahrheiten. Wer möchte, dass Ältere und Jüngere sich gegenseitig im Alltag helfen, sollte zum Beispiel nicht darauf pochen, dass sie Tür an Tür wohnen. Die unterschiedlichen Zeitrhythmen und Aktivitätsformen können die Toleranzbereitschaft schnell überfordern. Folge: Das Miteinander wird zu einem Gegenüber. Eine Balance ist nur dann zu finden, wenn das Quartier als Verhandlungsraum von Ansprüchen und Möglichkeiten verstanden wird. Wenn ein Austausch zwischen den Gruppen stattfindet, dann ist eine entscheidende Grundlage für das Miteinander der Generationen geschaffen. Einige Modellvorhaben haben ihre Konzepte im Sinne eines ergebnisoffenen Prozesses mehrmals geändert. Dies ist eine weitere Erkenntnis aus dem Forschungsfeld: Die Bereitschaft, ergebnisoffen zu arbeiten, ist für den Blick in die Zukunft zentral. Der Mut zum Risiko und zum Wandel führt zum Erfolg.

**Möglichkeiten schaffen**

Zum Start des Forschungsfeldes hatten die Modellvorhaben Fragen formuliert, die sie als besonders wichtig einstufen. Wie kann man die Menschen im Quartier zum Mitmachen oder zum Ehrenamt motivieren? Wie sieht eigentlich ein für alle Generationen attraktives Angebot aus? Wie schafft man entsprechende Kooperationsstrukturen?

Wer jetzt, fast vier Jahre später, die Ergebnisse aus den Modellvorhaben bilanziert, findet eine Reihe zum Teil sehr unterschiedlicher Antworten – und: neue Fragen! Allerdings lassen sich diese nun präziser stellen. Eine der wichtigsten Erkenntnisse ist sicherlich, einen Wechsel der „Planung von oben“ zu einer ermöglichenden Begleitung lokaler Prozesse vollzogen zu haben. Mit weitreichenden Folgen für die Rollenverteilung der Akteure: Die Anforderungen an die Planer haben sich geändert. Viele Prozesse in den Modellvorhaben ließen sich ohne ihre professionelle Moderation kaum bewältigen. Genau so muss die Kommunalverwaltung ressortübergreifend arbeiten und so an vielen verschiedenen Stellen im Quartier Aushandlungsprozesse unterstützen. Wohnungsunternehmen werden zu Agenten für neue attraktive Wohnideen und eine umfassende Quartiersentwicklung. Schließlich haben die Bewohner erkannt, dass



Projektwerkstatt in Dessau, Foto: Martin Brück

sie ihre eigene Kompetenz für die Quartiersentwicklung entwickeln können und damit zu wahren Experten werden.

**Auf die Fähigkeiten der Menschen setzen**

Was zeigt sich nach über drei Jahren intensiver Beschäftigung mit Stadtquartieren für Jung und Alt, mit Gemeinschaftseinrichtungen, Freiräumen und Wohnnachbarschaften? Dass die Antwort auf die mannigfachen gesellschaftlichen Veränderungen nicht pauschal ausfallen kann. Die Zukunft gehört dem integrierten, im lokalen Kontext entwickelten Konzept, das auf den städtebaulichen Stärken und den Kompetenzen der gesellschaftlichen Akteure im Quartier aufbaut. Das mit dem Anspruch auf universelle Gültigkeit entwickelte Patentrezept hingegen sollte Vergangenheit sein. Die 27 Modellvorhaben haben im Sinne dieses Paradigmenwechsels in der Stadtentwicklung ihre Konzepte formuliert und umgesetzt.



Jung und Alt im Quartier, Foto: Anja Schlamann

Die Ergebnisse der Pilotprojekte wurden im April 2010 der Fachöffentlichkeit zur Diskussion gestellt. Offen bleibt die Frage, ob die Maßnahmen in den Modellvorhaben auch dauerhaft erfolgreich sein werden. Der Praxistest im Alltag der Quartiere steht noch bevor. Deshalb soll durch eine anschließende „Fortschrittsuntersuchung“ geklärt werden, wie die Erfolge in den Modellvorhaben langfristig gesichert, praxiserprobte Hinweise für eine nachhaltige Stadtentwicklungspolitik abgeleitet und erfolgversprechende Handreichungen zur Nachahmung im kommunalpolitischen Alltag gewonnen werden können. Und zwei besonders spannende Themen sind Gegenstand vertiefender Analyse: die Barrierefreiheit in den Stadtquartieren und die Mitwirkung Jugendlicher an der Stadtentwicklung.

# Integrierte Stadtentwicklung – Politische Forderung und Praxis

## Informationen zur Raumentwicklung, Heft 4/2010

Das Thema „Integrierte Stadtentwicklung“ ist ein Dauerbrenner. Für die heutige Praxis wesentlich ist der Problembezug integrierter Stadtentwicklung, im Gegensatz zum früheren allumfassenden Verständnis. Ein weiterer Unterschied liegt darin, dass die Koordination der Fachressorts zunehmend durch die öffentlicher und privater Akteure der Stadtentwicklung überlagert wird. Kommunale Beschlüsse zur Erarbeitung oder Fortschreibung einer integrierten Stadtentwicklung werden durch Programme der Städtebauförderung oder auch durch Forschungsprojekte gestärkt oder gar angestoßen.

Die „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“, die als Übereinkunft der 27 Ministerinnen und Minister innerhalb der EU generelle Forderungen auf Ebene der Stadtentwicklung konkretisiert, stellt die Empfehlung des integrierten Ansatzes voran. Gleichzeitig soll die stadregionale Abstimmung gestärkt werden.

In diesem Kontext bewegte sich die Studie „Integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen“, die im Experimentellen Wohnungs- und Städtebau (ExWoSt) erarbeitet wurde. Zusätzlich zu einer bundesweiten Umfrage zur Praxis und den fachlichen Schwerpunkten integrierter Stadtentwicklung (s. Abb.) untersuchten die Forscherinnen und Forscher in drei Fallregionen Nutzen, aber auch Hemmnisse der integrierten Herangehensweise. Fachliche und räumliche Integration standen im Fokus. Neben der Betrachtung der Koordination von Stadtteil- und gesamtstädtischer Entwicklung legte das Bearbeiterteam ein besonderes Augenmerk auf die Frage, ob die integrierte Stadtentwicklung zusätzlich stadregionale Belange einbezieht: Werden die Strategien und Perspektiven der Städte ausdrücklich in die Entwicklungsoptionen der jeweiligen Stadtregionen eingebettet, erfolgen Abstimmungen mit den Nachbarkommunen? Wirken die Entwicklungsvorstellungen für die Gesamtstadt als Scharnier zwischen Quartier und Region?

Eine wichtige Rolle bei der Umsetzung integrierter Stadtentwicklung spielt die Städtebauförderung auf Bundes- und Länderebene. Vielfach sind integrierte Konzepte Voraussetzung für die Förderung. Deswegen sollte das Projekt auch dazu dienen, die Vorstellung des Integrierten zu konkretisieren, um die Anforderungen an eine Integrierte Stadtentwicklung zielgenauer formulieren zu können.

Ergänzend zu den Ergebnissen der ExWoSt-Studie beleuchtet das aktuelle Heft der „Infor-

mationen zur Raumentwicklung“ das Thema aus unterschiedlichen Perspektiven:

- Die Umsetzung in ausgewählten europäischen Staaten wird dargestellt.
- Städtische Akteure kommen zu Wort und geben einen Einblick in ihre Praxis integrierter Stadtentwicklung.
- Erfahrungen aus der Landesverwaltung werden mit Überlegungen zur Weiterentwicklung der integrierten Stadtentwicklung verknüpft.

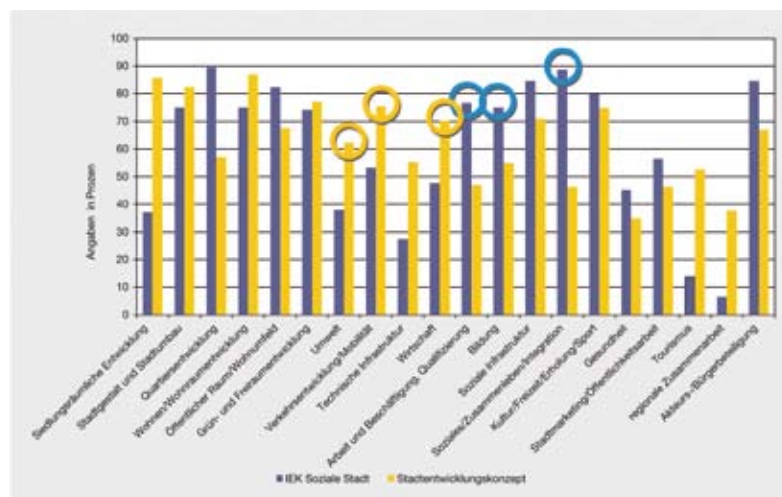
Das Heft gibt einen Überblick praktikabler Integrationskriterien und beschreibt beispielhafte Wege integrierter Vorgehens. Die Kriterien liefern eine Handhabe zu überprüfen, wie stark oder schwach sie jeweils ausgeprägt sind. Auch wenn jenes „stark oder schwach“ sicherlich von Fall zu Fall unterschiedlich zu bewerten ist, können die Kriterien dazu beitragen, den Begriff des Integrierten aus seiner Abstraktion herauszulösen. Sie dienen u.a. dazu, Qualitätskriterien zukunftsorientierter Stadtentwicklung aus dem Positionspapier des Deutschen Städtetages „Zukunftssicherung durch integrierte Stadtentwicklungsplanung und kooperatives Stadtentwicklungsmanagement“ zu verfeinern. Wenn die Integrierte Stadtentwicklung zu einer bundes- bis europaweiten selbstverständlichen Institution werden soll (im Gegensatz zu einer augenblicklichen Inflation des Begriffs), bedarf es solcher Konkretisierungen genauso wie einer Abstimmung der Förderpolitik, die integrierte Konzepte einfordert.



Die Veröffentlichung ist zu beziehen beim  
 Selbstverlag des BBSR  
 Postfach 21 01 50  
 53156 Bonn  
 Fax: 0228 99 – 401 22 92  
 E-Mail:  
 selbstverlag@bbr.bund.de  
 zum Preis von 6,00 Euro  
 (zzgl. Versand)

**Kontakt:**  
 Dr. Brigitte Adam  
 Referat I 2  
 Stadtentwicklung  
 Tel.: 0228 99 – 401 23 25  
 E-Mail:  
 brigitte.adam  
 @bbr.bund.de

Berücksichtigte Handlungsfelder in integrierten Planungen und Konzepten der Stadtentwicklung



Quelle: Umfrage integrierte Stadtentwicklung in Stadtregionen, Difu 2007/2008



## www.quartiersplattform.de – Internet total lokal, statt global

### Weitere Informationen:

www.quartiersplattform.de

### Auftragnehmer:

StadtNT-Team:  
Heinz Jahnen Pflüger  
Kasinostraße 76A  
52066 Aachen  
www.hjplaner.de

Lehrstuhl Computergestütztes Planen in der Architektur  
CAAD-RWTH Aachen  
Reiffmuseum  
52062 Aachen  
http://caad.arch.rwth-aachen.de

Neue Informations- und Kommunikationstechnologien sind Fluch und Segen zugleich; sie bestimmen längst unser Leben. Zuweilen dominieren sie unseren Alltag: E-Mail-Flut, Mobiltelefonieren allerorten. Wir telefonieren im Internet, sind weltweit vernetzt über facebook und Studi-VZ, kennen aber nur wenige Nachbarn beim Namen. Wir ordern im Web Bücher, Medikamente, Elektrogeräte, reservieren Hotelzimmer und Theaterkarten per Tastenklick, drucken Fahrkarten als „Online-Tickets“ aus. Unternehmen nutzen das Internet zur Außen-darstellung und das Intranet zur internen Kommunikation.

Genau an diesen Erfahrungen setzen die Ideen der „Quartiersplattform Q+“ an. Denn eigentlich ist dieses Angebot vom Typ nichts Neues, aber der ortsbezogene Einsatz ist innovativ. Quartiersplattformen sind Internetseiten, wie sie Firmen zur Produktwerbung und Kundenansprache und letztlich zur Verkaufssteigerung nutzen. Der Unterschied ist, dass sie stadtteilbezogene Informationen sowie diverse Kommunikationselemente für das nachbarschaftliche Zusammenleben bieten.

### Das Quartier ins Web bringen

Bei der Quartiersplattform Q+ geht es nämlich um den nachbarschaftlichen Kontext, die kleine Welt vor der Haustür. Bewohner, ehrenamtlich Tätige, Vereine, Verwaltungen, aber auch professionelle Anbieter können in dieser „virtuellen Welt“ vielfältige Angebote, Fähigkeiten, Ereignisse bekannt machen, lokal „veröffentlichen“. Initiativen können auf sich aufmerksam machen und sich vernetzen. So erfährt man, was nebenan im Quartier passiert oder vorhanden ist, aber bisher nicht wahr genommen wurde.

Kulturelle und soziale Veranstaltungen werden angekündigt, Sportvereine werben und berichten über ihre Veranstaltungen, Nachbarn bieten ihre Hilfe an und offenbaren ihre Fähigkeiten. Andere erbitten Unterstützung, z. B. bei täglichen Besorgungen oder handwerklichen Aufgaben. Örtliche Tausch- und Verschenkmärkte werden lebendig. Das sorgt für neue Erfahrungen, und es entsteht Wissen über Kompetenzen und Potenziale in der Nachbarschaft. Veranstaltungen in unmittelbarer Nähe werden bekannt und ihre Vorbereitung und Durchführung werden medial unterstützt.

### Lokales „Wir-Gefühl“ stärken

Die Betreiber von Quartiersplattformen können Stadtteilinitiativen, städtische Dienststellen, im Stadtviertel ansässige Vereine oder auch Wohnungsunternehmen sein. Hauptanliegen des Projektes „Quartiersplattform“ ist es, mit diesen Angeboten nachbarschaftliche Information und die Kommunikation der Stadtteilbewohner untereinander zu stärken. So werden Anlässe für reale Begegnungen und ein besseres Miteinander im Quartier initiiert, und letztlich entsteht eine neue Art von Stadtteil-Gemeinschaft, ein lokales „Wir-Gefühl“.

Die modulare Quartiersplattform wurde im Rahmen des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus im Forschungsfeld „Innovationen für familien- und altengerechte Stadtquartiere“ gefördert. Dieses bettet sich ein in die Politik des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS), Städte attraktiver zu gestalten und Stadtquartiere als Lebensraum

Quartiersplattform Wuppertal

für Jung und Alt zu stärken. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt und Raumforschung (BBSR) betreut das Forschungsfeld, das Stadt-NT-Team\* hat in Zusammenarbeit mit zehn Pilotprojekten die Plattform entwickelt und getestet. Jetzt steht das praxiserprobte Angebot auch anderen interessierten Stadtteilinitiativen und Projekten zur Verfügung.

**Plattform mit Mitmach-Funktionen nutzen**

Die Erfahrungen mit dem Einsatz der Quartiersplattform Q+ in den Modellvorhaben zeigen: Der lokale Einsatz des Internets ist eine sinnvolle Ergänzung zur klassischen Stadtteilarbeit. Mit ihren vielen Mitmach-Funktionen unterstützt Q+ die stadtteilinterne Kommunikation. Dazu zählen natürlich bekannte Werkzeuge wie etwa ein Forum, Reservierungsmodule und Bewertungsfunktionalitäten. Zur Pflege der redaktionellen Inhalte verwendet die Plattform ein klassisches Content-Management-System (CMS), mit dem auch ohne Programmierkenntnisse Seiteninhalte erstellt, bearbeitet und verwaltet werden können.

Die wichtigsten Informationen stehen im Informationsportal „quartiersplattform.de“ zur Verfügung. Q+ wirbt anschaulich für sich selbst, indem auch das Portal mit dem Q+-System realisiert wurde. Das Portal stellt anschaulich und anhand von Beispielen dar, was eine Quartiersplattform ist, was sie leisten und welche Vorteile sie mit sich bringen kann. Als Planungshilfe wird verständlich dargelegt, welche strukturellen, personellen, monetären und technischen Voraussetzungen notwendig sind, um ein Quartiersplattform einzurichten. Die im Rahmen des Forschungsprogramms erstellten Checklisten sind in Form von „Best Practice“ Beispielen veranschaulicht – die vorhandenen Plattformen bieten dazu reichhaltige Erfahrungen.

Darüber hinaus soll das Portal natürlich auch Kontakte vermitteln. Interessenten können hier aus erster Hand von Nutzern der Software Informationen und Hilfe erhalten, bis sie irgendwann selbst erfahrene Q+-Nutzer geworden sind und wiederum anderen Interessenten helfen können.

Alle Interessierte sind herzlich eingeladen, über das Portal [www.quartiersplattform.de](http://www.quartiersplattform.de) die praxiserprobte Software kostenlos herunterzuladen und lizenzfrei zu nutzen. Nachahmung ist ausdrücklich erwünscht!

**Kontakt:**

Dr. Manfred Fuhrich  
 Referat I 2  
 Stadtentwicklung  
 Tel.: 0228 99 – 401 22 65  
 E-Mail:  
[manfred.fuhrich@bbr.bund.de](mailto:manfred.fuhrich@bbr.bund.de)



Quartiersplattform Schwerin



Quartiersplattform Düsseldorf



Quartiersplattform Hennigsdorf

## Flächenverbrauch quo vadis?

### Zwischenergebnisse eines Ressortforschungsprojekts zum „Ziel 30 ha“

#### Auftragnehmer:

Gesellschaft für wirtschaftliche Strukturforschung (GWS) Osnabrück  
Martin Distelkamp,  
Philip Ulrich

Institut für Raumordnung und Entwicklungsplanung (IREUS), Universität Stuttgart  
Prof. Dr. Stefan Siedentop,  
Katharina Krause-Junk

In den letzten Jahren hat sich der Flächenverbrauch in Deutschland kaum verringert. Dabei ist die Zunahme der Gebäude- und Freiflächen deutlich rückläufig. Erholungsflächen hingegen haben stark zugenommen, was zweifelsohne auf Bereinigungen der Statistik zurückzuführen ist. Fachleute sind sich einig: Der Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke (SuV) ist aber immer noch zu hoch. Gleichzeitig warnen nicht wenige Stimmen vor einer Verknappung von Bauland. Befürchtet werden Boden- und Mietpreissteigerungen mit negativen sozial- und beschäftigungspolitischen Folgen. Bisher gibt es aber kaum empirische Studien zu den ökonomischen, sozialen und ökologischen Wirkungen einer konsequenten Flächensparpolitik. Genau hier setzt das Ressortforschungsprojekt „30 Hektar Ziel realisiert – Konsequenzen des Szenarios Flächenverbrauchsreduktion auf 30 ha im Jahr 2020 für die Siedlungsentwicklung“ an. Untersucht wird, welche möglichen positiven und negativen Wirkungen das Erreichen des 30-Hektar Ziels hat. Die Wissenschaftler betrachten zudem regionale Anpassungserfordernisse sowie raumordnungs- und siedlungspolitische Konsequenzen.

#### Status-quo-Szenario: Verringerung auf 30 Hektar pro Tag kaum erreichbar

Das Projekt widmet sich diesen Fragen mit einem Mix aus unterschiedlichen quantitativen und qualitativen Forschungsmethoden. Kern ist das umweltökonomische Modell PANTA RHEI REGIO II. Auf Grundlage von historischen Beobachtungen wird die mittel- bis langfristige Entwicklung der Flächeninanspruchnahme in den kreisfreien Städte und Landkreisen im Wesentlichen zurückgeführt auf die Wohnungsbauaktivitäten, die wirtschaftliche Dynamik,

den sektoralen Strukturwandel und die Preise für Bauland im jeweiligen Kreis. Die Einflussfaktoren werden in PANTA RHEI REGIO II erklärt und fortgeschrieben. Einbezogen wird darüber hinaus die demographische Entwicklung.

Das Status-quo-Szenario projiziert die bisherige Entwicklung des Flächenverbrauchs auf das Jahr 2020. Erste Ergebnisse zeigen, dass sich das SuV-Wachstum (statistisch bereinigt ohne Grünanlagen) bis zum Jahr 2020 auf knapp 50 Hektar pro Tag reduzieren wird. Das sind zwar gut 35 Prozent weniger als im Durchschnitt der Jahre 2000 bis 2008, aber weit mehr als von der Politik angestrebt. Verringerungspotenziale gibt es besonders beim Wohnen. Das Wachstum der Wirtschaftsflächen lässt im Vergleich zu dem bereits jetzt geringen Zuwachs kaum nach. Es werden jedoch nicht nur in prosperierenden Regionen mehr Flächen verbraucht. Legt man das Status-quo-Szenario zugrunde, ist also kaum zu erwarten, dass das 30-Hektar-Ziel erreicht wird. Die schrumpfende Bevölkerung allein wird die Verringerung des Flächenverbrauchs kaum gewährleisten.

#### Normative Modellrechnung: Regionalisierte Betrachtung

Die Ergebnisse unterscheiden sich deutlich bei einer normativen Modellrechnung. Hier legen die Wissenschaftler die aus dem 30-Hektar Ziel abgeleiteten Flächenkontingente für Wohn-, Wirtschafts-, Erholungs- und Verkehrsnutzungen auf die kreisfreien Städte und Landkreise um und vergleichen diese mit Nachfragegrößen. In welchem Maße würde also die Erreichung des 30-Hektar Ziels mit einer regionalen Verknappung des baulichen Angebotes an Flächen einhergehen? Von „Verknappung“ wird dann gesprochen, wenn die Nachfrage nach Wohnungsbau- und Gewerbeflächen größer als das dafür vorgesehene Kontingent ist. Die Flächenkontingente der Regionen wurden mit Annahmen zur räumlichen Verteilung des bundesweit zur Verfügung stehenden Kontingents, zur Nutzungsartenverteilung sowie zur baulichen Dichte errechnet. Die Nachfrage leiten die Forscher aus verschiedenen Prognosen – vor allem der Raumordnungs- und Wohnungsprognose des BBSR – ab.

Insgesamt verdeutlichen die Modellrechnungen, dass der für Deutschland bis 2020 angesetzte Bedarf an Flächen für Wohn- und Nichtwohngebäude mit dem verfügbaren Kontingent an SuV gedeckt werden könnte. In zahlreichen Szenarien ergeben sich sogar erhebliche Überschüsse. Bei regionalisierter Betrachtung wird jedoch klar, dass viele

#### Projektwebsite:

[www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ReFoStaedtebau/2010/30haZiel/01\\_\\_Start.html](http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/FP/ReFoStaedtebau/2010/30haZiel/01__Start.html)

Flächeninanspruchnahme in Deutschland - Historie und Projektionsergebnisse von PANTA RHEI REGIO im Vergleich	2000 bis	2016 bis	Veränderung
	2008	2020	
	in ha pro Tag		in %
Siedlungs- und Verkehrsfläche (inkl. Grünanlagen)	109,5		
Siedlungs- und Verkehrsfläche (ohne Grünanlagen) <sup>1</sup>	77,0	49,2	-36,1%
darunter:			
Gebäude- und Freifläche, Wohnen	37,5	17,5	-53,3%
Wirtschaftsfläche	8,2	7,6	-6,5%
Verkehrsfläche	23,0	16,1	-30,0%
Friedhofsfläche	0,2	0,3	
Erholungsfläche (ohne Grünanlagen) <sup>1</sup>	6,1	5,3	-13,8%

Quelle: Flächennutzungsstatistik; PANTA RHEI REGIO II

© gws

<sup>1</sup> Flächeninanspruchnahme Erholungsflächen ohne Grünanlagen in den Jahren 2000 bis 2004 geschätzt auf Grundlage der Daten aus 9 Bundesländern

Landkreise und kreisfreie Städte die Nachfrage nicht decken können. Demnach würde das 30-Hektar-Ziel nicht zu einer bundesweiten Verknappung, wohl aber zu regionalen Flächenengpässen führen. Das liegt aber auch daran, dass mit einem normativen Verteilungsschlüssel, der das bundesweite SuV-Kontingent auf die Regionen verteilt, auch solchen Kreisen Flächenkontingente zugewiesen werden, die keine oder eine nur geringere Nachfrage nach baulichen Nutzflächen haben. Diese Kontingente fehlen dann in Gebietskörperschaften mit erhöhtem Flächenbedarf. Bei einer bedarfsgerechten Verteilung von Flächenkontingenten ist es also durchaus möglich, das 30-Hektar-Ziel zu erreichen. Und dies bereits bei vorsichtigen Annahmen zur baulichen Dichte und Innenentwicklung. Wenn mehr Grundstücksflächen bzw. der Innenbereich bebaut werden, steigt das Überangebot an Flächen für die bauliche Nutzung.

**Unterschiedliche Betrachtungsweise**

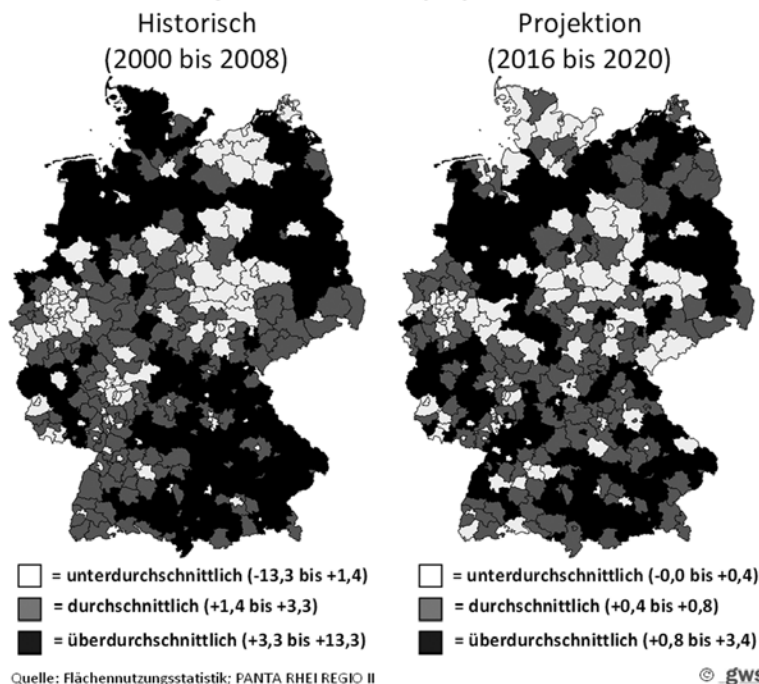
Wie erklären sich die unterschiedlichen Schlussfolgerungen aus dem Weiter-so-Szenario auf Grundlage des Modell PANTA RHEI REGIO II und den normativen Modellrechnungen? Das Weiter-so-Szenario in PANTHA RHEI nimmt das Projektionsergebnis für das Jahr 2020 in den Fokus und stellt es dem politischen Ziel gegenüber. Die Einschätzung auf Basis der normativen Modellrechnung bezieht sich hingegen auf den gesamten Zeitraum 2008 bis 2020. Zudem berücksichtigt PANTHA RHEI die gesamte SuV, während sich die Modellrechnung lediglich auf Gebäude- und Freiflächen bezieht. Damit offenbaren die hier präsentierten Zwischenergebnisse weniger einen Widerspruch in den zugrunde liegenden Erwartungen bei der künftigen Flächeninanspruchnahme als vielmehr die Bandbreite, was unter dem Begriff „Zielerreichung“ zu verstehen ist.

**Expertenworkshop**

Zwischenergebnisse wurden auf einem BBSR-Workshop mit Experten aus Wissenschaft, Verwaltung und Politik im April 2010 diskutiert. Zunächst wurden Zwischenergebnisse aus der Weiter-so-Projektion und den normativen Modellrechnungen vorgestellt und diskutiert. Die Teilnehmer erörterten auch, welche ökonomischen, sozialen und ökologischen Konsequenzen mit einer Verringerung des Flächenverbrauchs auf 30 Hektar pro Tag verbunden sind. Fazit der Veranstaltung:

- Nach wie vor gehen die Meinungen weit darüber auseinander, wie sich der Flächenverbrauch in Zukunft entwickeln wird. Die Erstellung einer Projektion des Status quo ist folglich unerlässlich, um die meist aus Fachperspektive zustande kommenden

**Zunahme der Gebäude- und Freiflächen, Betriebsflächen je Einwohner in qm pro Jahr**



Erwartungen um eine modellgestützte und damit empirisch fundierte Sichtweise zu ergänzen.

- Aussagen darüber, ob für die Erreichung des Flächenziels Verhaltensanpassungen der Akteure notwendig sind, bedürfen einer Schärfung der Ziele, und zwar in räumlicher, zeitlicher und inhaltlicher (Flächennutzungsarten) Hinsicht. Die Top-Down-Rechnung, die diese Konkretisierung leistet, betritt inhaltlich Neuland. Gleichzeitig zeigt sie, dass die hierfür notwendigen Vorgaben der Politik die Betroffenheit der Akteure bzw. Regionen stark beeinflussen.
- Zu der Frage nach den Konsequenzen einer drastischen Verringerung des Flächenverbrauchs liegen bisher kaum Forschungsergebnisse vor. Die ökologischen Wirkungen beurteilen die Experten weitgehend positiv. Bei den ökonomischen und sozialen Folgen ist das Bild hingegen uneinheitlich. Je nach Perspektive (gesamtwirtschaftlich versus differenziert nach Akteuren und/oder Regionen) werden die Erwartungen unterschiedlich eingeschätzt. Deshalb ist es besonders wichtig, im weiteren Projektverlauf zu untersuchen, welche Akteure und Regionen in welchem Maße von einer Verringerung des Flächenverbrauchs betroffen sein werden.

Das Projekt läuft noch bis Herbst 2010. Ergebnisse sollen Ende des Jahres publiziert werden.



Teilnehmer bei der Blitzumfrage zu den Hypothesen der Wirkung einer Zielerreichung 30 ha



Teilnehmer des Expertenworkshops  
Fotos: P. Ulrich

**Kontakt:**

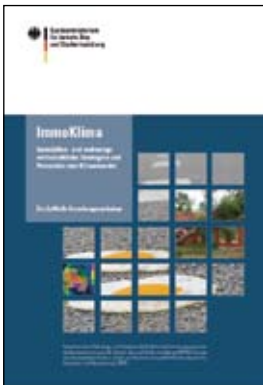
Dr. Fabian Dosch  
Referat I 5  
Verkehr und Umwelt  
Tel.: 0228 99 – 401 23 07  
E-Mail:  
fabian.dosch@bbr.bund.de



Asbestverbotsschild nach BGV A8: Zutritt für Unbefugte verboten

#### Kontakt:

Dr.-Ing. Roland Herr  
Referat II 6  
Bauingenieurwesen –  
Baustoffe, Baukonstruktion  
Tel.: 0228 99 – 401 34 14  
E-Mail:  
roland.herr  
@bbr.bund.de



Die Veröffentlichung kann kostenlos bezogen werden unter dem Stichwort: ImmoKlima bei forschung.wohnen @bbr.bund.de

#### Kontakt:

Ute Birk  
Referat II 13  
Wohnungs- und Immobilienwirtschaft  
Tel.: 0228 99 – 401 12 42  
E-Mail:  
ute.birk  
@bbr.bund.de

## Broschüre informiert über Gefahrstoff Asbest

Kein Baustoff hat so viel Staub aufgewirbelt wie Asbest. Einst galt es als „Wunderfaser“ mit einem breiten Einsatzbereich in bis zu 3000 Produkten, inzwischen ist Asbest zu einem Reizwort geworden. Schätzungen zufolge sind in Deutschland bis 2015 noch etwa 190.000 auf Asbest zurückzuführende Erkrankungen zu erwarten. Der Umgang mit dem Baustoff ist inzwischen nur noch bei Abbruch und Sanierung von Gebäuden zulässig. Werden solche Arbeiten nicht fachgerecht ausgeführt, können große Mengen des Stoffes freigesetzt werden und Beschäftigte, aber auch unbeteiligte Dritte gefährden.

Das BBSR informiert deshalb in einer neuen Broschüre über den Gefahrstoff Asbest. Das Heft wendet sich besonders an Bauherren, Architekten, Ingenieure und Beauftragte, die mit Sanierung, Abriss und Entsorgung von asbesthaltigen Bauprodukten betraut sind. Folgende Fragen werden behandelt:

- Welche asbesthaltigen Baustoffe gibt es?
- In welchen Produkten wurde Asbest eingesetzt?
- Wie groß ist der Umfang der Altlasten?
- Welche Menge muss jährlich entsorgt werden?

- Wie lassen sich Asbestergebnisse nachweisen?
- Bei welchen Arbeiten ist die mögliche Asbestbelastung am größten?
- Welche Rechtsgrundlagen sind beim Umgang mit den Erzeugnissen zu beachten?

Das Heft zeigt zudem auf, worauf es bei der Beseitigung von Asbestabfällen durch Deponierung ankommt und weshalb die Anstrengungen zur Dekontamination und Verwertung von Asbestabfällen bisher nicht über Pilotversuche hinaus gekommen sind: Die heute gängige Entsorgung durch Deponierung ist praktikabel und kostengünstig. Die Deponierung ist aber angesichts der in Deutschland noch zu entsorgenden großen Mengen von Asbestergebnissen – etwa 300.000 Tonnen pro Jahr – keine endgültige Lösung. Denn Asbestfasern verrotten nicht. Aus Deponien kann der Stoff ins Erdreich oder Grundwasser gelangen – eine Gefahr für Mensch und Umwelt. Die Broschüre greift den Gedanken auf, die bisher entwickelten thermischen, chemischen und physikalischen Verfahren zur Dekontamination und Verwertung von Asbest zu analysieren und mögliche geeignete Verfahren weiterzuentwickeln bzw. zu novellieren.

## Immobilien- und wohnungswirtschaftliche Strategien und Potenziale zum Klimawandel: Fünf Pilotprojekte ausgewählt

Das ExWoSt-Forschungsvorhaben „ImmoKlima“ untersucht integrierte und praxisnahe Strategien für Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel, welche die Immobilien- und Wohnungswirtschaft zusammen mit ihren Kooperationspartnern in Pilotprojekten entwickeln und umsetzen. Betrachtet werden auch mögliche Synergieeffekte, die sich aus der Zusammenarbeit der Akteure ergeben. ImmoKlima geht von der Prämisse aus, dass Klimaschutz und Klimafolgenanpassung zusammengedacht werden müssen. Dabei gilt es, mögliche Konflikte zwischen beiden Zielen auszumachen und Instrumente aufeinander abzustimmen.

Ende April 2010 wurden fünf Pilotprojekte aus den Bewerbern des Projektauftrages ausgewählt und am 7./8. Juni 2010 auf der Auftaktveranstaltung des Forschungsfeldes „Urbane Strategien und Potenziale zum Klimawandel“ präsentiert:

- **SolarGardenCity Hoyerswerda Altstadt:** Klimagerechte Inwertsetzung von Stadtbrachen
- **Klimapakt Hamburg Niendorf-Nord:** Integrierte Energie-, Modernisierungs- und

Nutzerkonzepte für 60-er Jahre Bestände der Baugenossenschaft FLUWOG-NORD-MARK eG

- **Integrierte Energie-, Modernisierungs- und Nutzerkonzepte im Quartier Marienhöhe Berlin Tempelhof**
- **Projektentwicklung der solarenergetischen Siedlung Erfurt Marienhöhe**
- **Klima, Umwelt und Soziales im Leitbild des Siedlungswerks Stuttgart:** Unternehmerische Strategien an den Beispielen „FreiburgLeben“ am Schlossberg und Stuttgart „SeelbergWohnen“

In den Projekten werden neben standort-, gebäude- und nutzerbezogenen Strategien auch übergeordnete Konzepte der kommunalen und regionalen Ebene untersucht.

Die Veröffentlichung „ImmoKlima – Immobilien- und wohnungswirtschaftliche Strategien und Potenziale zum Klimawandel“ (Hrsg. BMVBS), die zum Auftakt einen Einblick in das Forschungsspektrum von ImmoKlima gibt, stellt die Pilotprojekte vor.



## Positionen zum Wiederaufbau verlorener Bauten und Räume

### Forschungen, Heft 143

Seit den 1980er Jahren entwickelt sich in Deutschland eine Rekonstruktionswelle, die vor allem nach der Wiedervereinigung einen besonderen Schwung erfahren hat. Ein Zusammenhang besteht sowohl in den gemeinsamen Rahmenbedingungen als auch in der Art und Weise, wie die Vorhaben öffentlich diskutiert werden und sich gegenseitig und in der Folge sogar rekonstruktionsskeptische Akteure der Denkmalpflege beeinflussen. Die Positionsbestimmungen zum Thema gehen weit auseinander, ohne dass dadurch eine Versöhnung von Positionen zu Einzelvorhaben möglich wäre.

Der Wunsch nach Rekonstruktion von städtebaulichen Situationen und Einzelbauwerken speist sich aus vielen gesellschaftlichen Trends. Dies war Anlass, im Rahmen der Baukulturdebatte auch dieses Thema aufzugreifen. Die Universität Kassel hat im Auftrag von BMVBS und BBSR Erklärungsansätze aus Politik-, Sozial- und Kulturwissenschaften zusammengetragen und zueinander in Beziehung gesetzt. So bildeten sich in der Denkmalpflege, in der Wissenschaft und in der Praxis sowie dem Wiederaufbau nach dem Krieg zwar über die Jahrzehnte vielschichtige, aber dennoch insgesamt mit der architektonisch-städtebaulichen Moderne verwandte Denktraditionen. Sie bestätigten eine rekonstruktionsskeptische Fachposition, die nun intensiver im Rahmen der aktuellen Rekonstruktionswelle hinterfragt wird.

Auch werden grundsätzliche gesellschaftliche und sozialpsychologische Zustände der Nachmoderne unterschieden. Als ein wesentlicher Hintergrund wird ein spezifisch deutscher Umgang mit den Themen Kitsch und Nostalgie unterstellt, der auch das Verhältnis von Original und Fälschung berührt. Kitsch wird als Phänomen begriffen, das erst mit der Herausbildung des Bürgertums und noch stärker mit der Kon-



Zentrum Dresden/Foto: Stefan Marquardt

sumgesellschaft überhaupt gesellschaftlich wirksam werden konnte. Kitschgegenstände und -kunstwerke werden mit bereits erlebten Gefühlen verknüpft und dadurch wiederholbar gemacht. Auch Rekonstruktionen können unter bestimmten Umständen als Kitschobjekte gelten.

Ausgehend von der Beobachtung, dass oftmals ein weitgehend unreflektierter Zusammenhang zwischen Rekonstruktivismus und einer romantischen Strömung beschrieben wird, wendet sich die Forschungsarbeit diesem möglichen Zusammenhang zu. Dabei zeigt sich, dass die Epoche der Romantik in ihrem individualistischen und passiven Kern eher der Haltung mancher Rekonstruktionskritiker entspricht, während im späteren Fortleben und der Weiterentwicklung des „romantischen Gedankens“ erhebliche Parallelen zur verschiedenen Aspekten der Rekonstruktionssehnsucht festzustellen sind.

Auch die besondere Betonung des „Romantischen“ innerhalb der deutschen Kulturgeschichte findet eine baukulturelle Parallele in der besonders starken politischen Aufladung von Architektur und Städtebau. Ebenfalls diskutiert werden neuere gesellschaftliche Veränderungen, sowohl bezogen auf die Rekonstruktionswelle als auch mit Blick auf die Infragestellung der architektonisch-städtebaulichen Moderne.

Ehemals identitätsstiftende Merkmale wie Erwerbsarbeit und Geschlechterrollen verlieren seit einigen Jahrzehnten rapide an Bedeutung. Dadurch werden Identitätsanker, z.B. raumbezogene wie der Wohnort, immer wichtiger. Durch die Ausdifferenzierung der Gesellschaft, der zunehmenden Rationalisierung und Auflösung traditionaler Einbindungen, suchen Individuen nach anderen Möglichkeiten, ihre soziale Zugehörigkeit nach außen zu kommunizieren. Rekonstruktionen sind unter Umständen eine solche Möglichkeit, da sie einer Stadt und damit auch ihren Bewohnern Besonderheit und Einzigartigkeit verleihen.

Diese Ergebnisse zeigen: Es wird immer wichtiger, Fachleute in die Lage zu versetzen, Laienbedürfnisse zu erkennen und in die Planungsprozesse zu integrieren. Die Baukulturdebatte wird sich weiter diesem Gegenstand widmen müssen.

Initiative  
Architektur und Baukultur



Die Veröffentlichung ann kostenfrei unter dem Stichwort „Forschungen 143“ bezogen werden bei: [architektur.baukultur@bbr.bund.de](mailto:architektur.baukultur@bbr.bund.de)

Die Forschungsarbeit steht auch als PDF unter [www.architektur-baukultur.de](http://www.architektur-baukultur.de) zur Verfügung.

#### Auftragnehmer:

Universität Kassel  
Fachbereich 6  
Fachgebiet Stadterneuerung/Stadtbau  
Prof. Dr. Uwe Altrock  
Grischa Bertram  
Henriette Horni

#### Kontakt:

Dr. Olaf Asendorf  
Referat I 7  
Baukultur, Architektur, Städtebau  
Tel.: 0228 99 – 401 13 26  
E-Mail:  
[olaf.asendorf@bbr.bund.de](mailto:olaf.asendorf@bbr.bund.de)



Weitere Infos:

Marktentwicklung bei der Ausstellung von Energieausweisen im Gebäudebestand. Feldstudie auf Anbieter- und Nachfrageseite unter [www.bbsr.bund.de](http://www.bbsr.bund.de)  
 >> Veröffentlichungen  
 >> BMVBS/Online/2010/  
 >> ON062010.html

#### Auftragnehmer:

Weeber+Partner  
 Institut für Stadtplanung und Sozialforschung,  
 Stuttgart/Berlin  
 Prof. Dr. Rotraut Weeber,  
 Dipl.-Ing. Simone Bosch-Lewandowski,  
 Prof. Dipl.-Ing. Georg Sahner  
 G.A.S. planen bauen  
 forschen, Stuttgart  
 Energie.Effizienz.Design E2D  
 Hochschule Augsburg

#### Kontakt:

Marcus Potrafke  
 Referat II 2  
 Energieeinsparung,  
 Klimaschutz, dena  
 Tel.: 0228 99 – 401 16 36  
 E-Mail:  
[marcus.potrafke@bbr.bund.de](mailto:marcus.potrafke@bbr.bund.de)

## Marktentwicklung bei der Ausstellung von Energieausweisen im Wohngebäudebestand

Mit der Energieeinsparverordnung 2007 wurde in Deutschland die europäische Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden (2002/91/EG) umgesetzt und für nahezu alle beheizten und gekühlten Gebäude ein Energieausweis eingeführt. Solche Ausweise müssen für Wohngebäude aus unterschiedlichen Anlässen (Errichtung, Verkauf, Neuvermietung) ausgestellt werden. Die Verordnung enthält dazu Vorgaben hinsichtlich Inhalten, Stichtagen, Vorlagepflichten und vor allem auch hinsichtlich der Aussteller. Anders als in vielen Nachbarländern wurde in Deutschland ein offener Markt etabliert. Für die Fachleute, die Energieausweise ausstellen wollen, wurden lediglich Voraussetzungen für den Marktzugang definiert, eine Akkreditierung ist nicht vorgesehen.

Eine weitere Fortschreibung der Energieeinsparverordnung im Jahre 2012 wird voraussichtlich auch das Energieausweissystem betreffen. Vor diesem Hintergrund waren die Auswirkungen der geltenden Regelungen zu untersuchen – in einem ersten Schritt die Marktstruktur, die sich bei Energieausweisen für Wohngebäuden ausgebildet hat. Hierzu hat das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung eine Marktuntersuchung beauftragt, deren Ergebnisse nun veröffentlicht wurden.

#### Konzeption des Projekts

In dem Forschungsprojekt wurden die Marktentwicklungen sowohl auf Anbieter- als auch auf Nachfrageseite empirisch untersucht und ein systematischer Überblick über das Marktgeschehen bei der Ausweisausstellung im Wohnungsbestand gewonnen. Auf Anbieterseite wurden 790 Aussteller aus den umfassenden, öffentlich zugänglichen Internet-Datenbanken als repräsentative Stichprobe nach dem Zufallsprinzip gezogen. Auf Nachfrageseite wurden 121 Wohnungsunternehmen und 688 private Eigentümer kontaktiert, die im Befragungszeitraum Wohnungen zur Vermietung oder zum Verkauf angeboten hatten. Die Stichprobe wurde nach dem Quotenverfahren entsprechend der Verteilung des Wohnungsbestandes nach Bundesländern gezogen.

#### Ergebnisse

**Qualifikation der Aussteller:** Der Anteil der Aussteller mit Hochschulabschluss ist mit 71 % hoch. 62 % der Aussteller sind Architekten und Ingenieure; sie haben 67 % aller Ausweise ausgestellt.

**Marktanteile:** Es sind sehr viele Aussteller auf dem Markt, aber das Massengeschäft machen nur wenige. Die meisten Aussteller erstellen nur hin und wieder einen Energieausweis. Von besonderem Interesse war auch die Verbrei-

terung der beiden alternativ zulässigen Varianten „Verbrauchsausweis“ und „Bedarfsausweis“. Insgesamt haben die befragten Aussteller bisher etwa 62.000 Verbrauchsausweise und 37.000 Bedarfsausweise ausgestellt. Hochgerechnet entspricht dies einer Gesamtzahl von rund 1,17 Millionen Verbrauchsausweisen und etwa 700.000 Bedarfsausweisen. Damit gab es zum Befragungszeitpunkt bereits für ca. 10 % der Wohngebäude in Deutschland einen Energieausweis.

**Verbrauchs- und Bedarfsausweis:** Der Marktanteil des Verbrauchsausweises ist hoch. Für die privaten Eigentümer wie für die professionellen Vermieter ist der deutlich günstigere Preis der Hauptgrund, sich für einen Verbrauchsausweis zu entscheiden. 75 % haben Verbrauchsausweise, 25 % Bedarfsausweise in Auftrag gegeben. Die Aussagekraft hinsichtlich der energetischen Qualität des Bedarfsausweises wird im Durchschnitt gut eingeschätzt, während der Verbrauchsausweis nach Meinung der Befragten eher schlecht über die energetische Qualität der Gebäude informiert.

**Preise von Energieausweisen:** Die befragten Aussteller bieten einen Verbrauchsausweis im Durchschnitt ab 83 Euro an, einen Bedarfsausweis im Durchschnitt ab 352 Euro.

**Online-Angebote:** Nur wenige Eigentümer nutzen Angebote im Internet, bei denen man einen Energieausweis direkt online – ohne persönlichen Kontakt mit dem Aussteller – bestellen kann. Auch bei der Suche nach einem Aussteller greifen die Eigentümer kaum auf das Internet zurück.

**Marktpotenzial:** 87 % der Wohnungsunternehmen haben bereits für 90 bis 100 % ihrer Gebäude Energieausweise. Während der Markt bei Wohnungsunternehmen weitgehend gesättigt ist, haben viele private Eigentümer noch keinen Ausweis – hier gibt es noch Marktpotenzial.

**Bekanntheit und Akzeptanz des Energieausweises:** Bei potenziellen privaten Auftraggebern von Energieausweisen gibt es noch ein Informationsdefizit. Bisher spielt der Energieausweis bei Vermietung und Verkauf eher selten eine Rolle. Zur besseren Information von Eigentümern, Mietern und Käufern ist intensive Öffentlichkeitsarbeit notwendig.

#### Weitere Vorhaben

Ein Folgeprojekt zur Evaluierung des Ausweissystems für Wohngebäude wurde im Sommer 2009 begonnen; Ergebnisse sind in der zweiten Jahreshälfte 2010 zu erwarten. Eine entsprechende Untersuchung für Fragen bei Nichtwohngebäuden wird im Jahre 2010 begonnen.

## 4. Europa-Gespräch: „Sport und Integration“

Mit Sport gegen soziale Ausgrenzung – funktioniert das? Genau diese Frage wurde im 4. Europa-Gespräch, das am 28.04.2010 in den Räumen des BBSR in Bonn stattfand, mit Experten und dem Publikum diskutiert.

Die Europa-Gespräche werden vom BBSR zusammen mit der Regionalen Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn veranstaltet. Sie finden ein bis zweimal pro Jahr statt und beleuchten aktuelle Themen vor europäischem Hintergrund mit Bezug zur Region. Die Veranstaltungsreihe richtet sich nicht nur an Fachexperten, sondern vor allem an die Bürgerinnen und Bürger aus Bonn und Umgebung.

Nach „Migration und Stadtentwicklung“ und „Türkei: Stadtliebe – Landliebe“ sowie einer „Energievision für Europa“ wurde dieses Mal „Sport und Integration“ diskutiert.

Als Einstieg ins Thema wurde die Frage geklärt, warum sich ein Institut wie das BBSR mit dem Thema „Sport und Integration“ beschäftigt. So stehen Stadtentwicklung und Sportentwicklung(splanung) in einem engen Wirkungszusammenhang, der auch in Forschungsprojekten des BBSR thematisiert wird. Der demographische Wandel (Alterung, Internationalisierung), die zunehmende innerstädtische Polarisierung und ein verändertes Sportverhalten in Kombination mit ökonomischen Zwängen und Umweltrestriktionen stellen neue Anforderungen an die Sport- und Bewegungsräume in den Kommunen. Diese Herausforderungen sind z.B. Untersuchungsgegenstand im ExWoSt-Forschungsfeld „Sportstätten und Stadtentwicklung“. Weiterhin beschäftigt sich das ExWoSt-Forschungsfeld „Jugendliche im Stadtquartier“ – speziell im Aktionsfonds „Jugend bewegt Stadt“ – mit Sport und Bewegung in der Stadt für und mit Jugendlichen. Zum Thema Integration besteht das ExWoSt-Forschungsfeld: „Migration/Integration und Stadtteilpolitik – Städtebauliche Strategien und Handlungsansätze zur Förderung der Integration“.

In einer Podiumsrunde erläuterten Vertreter der Europäischen Kommission, Regionale Vertretung in Bonn, des Bundesinnenministeriums, der Stadt Bonn sowie von Sportvereinen (1. FC Köln sowie Schwimm- und Sportfreunde Bonn) in kurzen Statements ihren jeweiligen Bezugspunkt zum Thema „Sport und Integration“.

**Europa:** Der Europavertreter thematisierte zum einen den Hintergrund des Europa-Gesprächs – 2010 als Europäisches Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung – und zum anderen die europäischen Anknüpfungspunkte zum Sport; denn mit dem Vertrag von Lissabon

erhält erstmals auch die europäische Ebene Kompetenzen im Bereich Sport.

**Bund:** Der Vertreter des Bundesinnenministeriums erläuterte die Anstrengungen des Bundes im Bereich Sport und Integration. Vorgestellt wurde u.a. ein bundesweites Programm, das bereits seit 1989 besteht und dessen Ziele die Heranführung von Zuwanderern an regelmäßiges Sporttreiben im Verein (Integration in den Sport) und die Unterstützung der Integration in die Aufnahme-gesellschaft (Integration durch Sport) sind.

**Stadt Bonn:** Thema war Integration durch Sport auf kommunaler Ebene, aber auch Trends und Probleme in der Sportstättenentwicklung. Als besondere Herausforderung für die Städte und Gemeinden wurde die Schaffung und Erhaltung adäquater Sportanlagen und -angebote herausgestellt – und das angesichts einer zunehmend prekären finanziellen Lage.

**1. FC Köln:** Der Vertreter des 1.FC Köln hob hervor, dass Sport über ein enormes Integrationspotenzial verfüge: Unabhängig von sozialer Herkunft oder Migrationshintergrund definiere sich die Zugehörigkeit zur Mannschaft allein über die Leistung. Wichtig sei aber auch eine Begleitung der jungen Sportler über den Sport hinaus. Außerhalb von (professionellen) Vereinsangeboten – die nicht allen Jugendlichen zugänglich sind – könnten zudem z.B. über Straßenfußball-Projekte wie „köl'n kickt“ gezielt Kinder und Jugendliche angesprochen werden.

**SSF Bonn:** Integrative Vereinsarbeit an der Basis wurde zum Abschluss der Podiumsrunde vorgestellt: Neben einer Reihe von „normalen“ Sportangeboten, innerhalb derer Integration laut Vertreter des SSF Bonn problemlos funktioniert, wurde ein spezielles Integrationsprojekt erläutert. In einem Brennpunktstadtteil von Bonn wurde ein Fitnessraum eröffnet, der über den Sport hinaus eine Anlaufstelle für Jugendliche bietet.

Wie sehr das Thema Sport und Integration das überwiegend junge Publikum beschäftigte, zeigte die lebhaft diskutierte Situation in Bonn im Mittelpunkt stand – etwa kommunale Hallenbelegungspläne, die Konkurrenz von Offenen Ganztagschulen zur Vereinsarbeit oder die Rolle von Streetsport.

Diese Gespräche wurden beim anschließenden Empfang vertieft. Zum Abschluss waren alle Gäste eingeladen, sich gemeinsam das Champions League Halbfinal-Rückspiel Barcelona gegen Inter Mailand anzuschauen.

**SPORT** **INTEGRATION**  
und

Eindrücke von der  
Veranstaltung:



Fotos: A. Perner

### Kontakt:

Dr. Angelika Perner  
Referat I 3  
Europäische Raum- und  
Stadtentwicklung  
Tel.: 0228 99 – 401 23 36  
E-Mail:  
angelika.perner  
@bbr.bund.de

**Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag**

Bundesinstitut für Bau-, Stadt-  
und Raumforschung  
im Bundesamt für Bauwesen  
und Raumordnung, Bonn

Selbstverlag des BBSR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

**G 7718 F**

**Verantwortlich**

Elke Pahl-Weber, Hans-Peter Gatzweiler, Robert Kaltenbrunner

**Redaktionelle Bearbeitung**

Gabriele Bockshecker

**Druck**

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

Die Informationen aus der Forschung des BBSR erscheinen  
in unregelmäßiger Folge sechsmal im Jahr.  
Interessenten erhalten sie kostenlos.  
Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

**Zitierweise:**

Informationen aus der Forschung des BBSR 3/2010 – Juni

ISSN 1868 – 0089 (Printversion)



## Neues aus der Forschung – [www.bbsr.bund.de](http://www.bbsr.bund.de)

Auf der Homepage des BBSR wurden RSS-Feeds eingerichtet. Die themenbezogenen RSS-Feeds berücksichtigen die Politikbereiche:

- Raumentwicklung
- Stadtentwicklung
- Wohnen und Immobilien
- Bauwesen

Im Folgenden finden Sie die Forschungsprojekte, die seit dem letzten BBSR-Info erstmals veröffentlicht wurden. Sie finden diese in der Rubrik **Forschungsprogramme**:

**Allgemeine Ressortforschung/Stadtentwicklung**

- Städtebauförderung außerhalb von Stadtregionen
- Integrierte Stadtquartiersentwicklung am Wasser

**Allgemeine Ressortforschung/Wohnungswesen**

- Privateigentümer von Mietwohnungen in Mehrfamilienhäusern

**Zukunft Bau/Auftragsforschung**

- Vergleich des Systems des deutschen Gütesiegels Nachhaltiges Bauen mit internationalen Systemen

Der monatliche Newsletter BBSR-Forschung-Online informiert über neue Internetbeiträge, Veranstaltungen, Veröffentlichungen sowie Stellen und Ausschreibungen. Abonnieren Sie ihn unter [www.bbsr.bund.de/Aktuell](http://www.bbsr.bund.de/Aktuell).

**Kontakt:**

Dr. Karin Veith  
Referat SWD  
Stab Wissenschaftliche  
Dienste  
Tel.: 0228 99 – 401 22 97  
E-Mail:  
karin.veith  
@bbsr.bund.de